

Krise in Permanenz.

Die Krise hat sich vertieft, dem deutschen Volk wird eine schier untrügliche Geduldsprobe zugemutet, und die gleichfalls auf die Folter der Erwartung gespannten Reichsboten, die seit einer vollen Woche fruchtlose Verhandlungen pflegen, sahen sich vergeblich nach Mitteln um, sie zu beschleunigen. Schon ist in den Wandelgängen des Reichstags von Auflösung die Rede. Das ist begreiflich: die demokratischen Fraktionen scheinen der Bildung einer bürgerlichen Regierung abgeneigt und werden dadurch zu unwillkürlichen Hilfstruppen der Sozialdemokratie, verhindern also die Herstellung eines über eine sichere Mehrheit verfügbaren Bürgerblocks. So aussichtslos sich die Sache zunächst anlieh, so verfahren ist sie jetzt. Ein Kabinett würde Stegerwald, dem von allen bürgerlichen Parteien außer der demokratischen Vertrauen entgegengebracht wird, schon zusammenbekommen, aber dem Reichsinteresse entspricht es nicht, wenn der Kanzler jederzeit durch das mißgünstige Veto einer so kleinen Partei, wie es die demokratische ist, aus dem Sattel gehoben werden kann. Das Regieren, abhängig vom Wohlwollen eines Klüngels oder einiger ehrgeiziger Politiker, stellt eine fortwährende geheime Krise dar, und es ist an der Zeit, eine breite und verlässliche Basis für die Geschäftsführung zu schaffen. Da die Demokratie abseits steht und die preussischen Regierungsverhältnisse nicht denen im Reich gleichen will, entsteht im Block eine Lücke, die zu seinem Zerfall führen kann. Die ganze Misere, unter der Deutschland seit Jahren leidet, rührt von der Zerküftung des Parteiwesens her, und am besten befanden sich unter den verschiedenen Kanzlern die Sozialdemokraten, die ihre Wünsche so durchzusetzen wußten, daß schließlich die Allgemeinheit die Fische bezahlen mußte.

Augenblicklich befinden wir uns in einem Zwischenstadium, das abzukürzen schwer fällt, weil sich die ungesunde Klärung in Preußen nicht so schnell schaffen ließ. Selbst wenn das Zentrum im Landtag die jetzige preussische Regierung beibehalten wollte, wäre damit direkt der Bürgerblock noch nicht gefährdet, weil die alte Koalition (Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten) nicht mehr auflösen soll und die Frage, ob ein Regierungswechsel in Preußen vor sich gehen soll, nicht ohne weiteres als eine Einmischung in preussische Verhältnisse abgetan werden darf. Aber man kann es verstehen, wenn ein zum Reichskanzler ausersehener Politiker den Rücken frei haben will, nachdem ihm wie Stegerwald als Ministerpräsidenten lediglich der Homogenität von Reich und Preußen wegen der Stuhl vor die Tür gesetzt worden ist. Aus demselben Grunde könnte jetzt eigentlich eine rückläufige Bewegung keinen Anlaß zu einer Beanstandung geben.

Angesichts dieser Lage ist es verständlich, wenn man in gewissen Kreisen von dem Eingreifen des Reichspräsidenten Ebert nach der Richtung sich Erfolg verspricht, daß er von seiner Befugnis, Beamte zu ernennen und zu entlassen, Gebrauch macht und unabhängige Politiker in das Kabinett beruft unter Ernennung eines ihm genehmen Reichskanzlers. Allerdings wäre dies Verfahren ein verkapptes Direktorium, um nicht zu sagen eine Diktatur. Jedenfalls aber eine Abgabe an den Parlamentarismus in seiner heutigen Form. Ein so zusammengesetztes Kabinett würde bei jeder wichtigen Entscheidung über eine Vorlage sich eine Mehrheit zusammensuchen müssen und mühte, falls es sie nicht erzielte, nach parlamentarischem Brauch wenigstens, abhanden Theoretisch gedacht, wäre es möglich, daß der Reichspräsident die Abdankung nicht annimmt und im Wege der Verordnung zu erreichen versucht, was ihm mittels Gesetz nicht gelungen ist. Das Kabinett würde entweder durch eine Neuernennung oder durch eine konkludente Handlung auf seinem Platze gehalten. Einer solchen immerhin nur provisorischen Lösung der schwebenden Kabinettsfrage steht indessen die politische Einstellung des Reichspräsidenten entgegen, der, selbst wenn er zu Ausnahmemaßnahmen griff, niemals der Sozialdemokratie ernstlich an der Wange gefahren ist, und demnach ist zu erwarten, daß man auf der rechten, um zum Schluß zu kommen, auf die Umstellung in den preussischen Ministerien verzichtet wird, um die Kandidatur Stegerwalds durchzudrücken. Geben dann die Demokraten nicht nach und wollen das Jünglein an der Wage sein, so bliebe immer noch, um Geschäftshandlungen hinanzuhalten, die Anberaumung von Neuwahlen übrig. Jetzt aber muß gehandelt werden; die innerpolitischen Schwierigkeiten häufen sich, und ihre Befestigung läßt sich nicht länger hinauschieben.

R. K.

Reichstagsauflösung unter Stresemann?

Die Lage im Reich war am Donnerstag undurchsichtiger als je. Das Schwergewicht der Verhandlungen lag im Landtag, da bekanntlich die Entscheidung über das Reichskabinett von der preussischen Frage abhängig gemacht worden war. In dieser haben die Verhandlungen nun einen Verlauf genommen, der von einer Einigung eher weiter fortgeschritten hat. Die Kandidatur Stegerwald gilt in parlamentarischen Kreisen bereits als gescheitert; Stegerwald soll auf seinen Auftrag verzichtet haben. Die Vermutungen darüber, was nun kommen solle, gehen in erster Linie dahin, daß entweder der Zentrumsführer Dr. Merg oder der Reichskanzler Dr. Stresemann die Aufgabe der Bildung einer Regierung verweigern würden, die allerdings als erste und nächstliegende Aufgabe die Auflösung des Reichstages ins Auge zu fassen hätte, da mit dem Zustandekommen einer repräsentativen parlamentarischen Koalition nach den bisherigen Erfahrungen kaum noch zu rechnen ist.

Aber die Verhandlungen im Landtag verläuft im Einzelnen: Im Landtag wurde die von der deutschnationalen Reichstagsfraktion angetragene Aktion bezüglich der

Großen Koalition in Preußen trotz des Widerspruchs der Reichstagsfraktion der Demokraten fortgeführt. Der Vorstand der deutschnationalen Landtagsfraktion unterrichtete die Führer der Landtagsfraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten über die Wünsche der Deutschnationalen. Die demokratische Fraktion sah nach kurzer Beratung einen Beschluß, der es ablehnt, in Preußen eine Regierungskrise herbeizuführen. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages trat am Vormittag zu einer Sitzung zusammen, um sich mit dem von den Deutschnationalen gestellten Antrag auf Auflösung der Großen Koalition in Preußen zu befassen. Folgender Beschluß wurde einstimmig gefaßt:

„Nachdem alle anderen Versuche zur Bildung eines Reichskabinetts gescheitert sind, erkennt die preussische Landtagsfraktion den Versuch, ein Reichskabinett unter Hinzuziehung der Deutschnationalen Volkspartei zu bilden, als richtig an. Sie sieht aber einen sachlichen Grund als nicht gegeben in der preussischen Regierung, deshalb jetzt eine Änderung eintreten zu lassen. Die Entwicklung der Verhältnisse im Reich ist abzuwarten.“

So viel verlautet, haben sich diesem Standpunkt auch die übrigen bürgerlichen Fraktionen in Preußen angeschlossen. Da die Demokraten nicht zu weiteren Verhandlungen bereit waren, sind die Besprechungen zwischen den Parteien im Reichstagsgebäude abgebrochen worden. Die Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht im Anschluß daran einen Brief an den Reichspräsidenten, der wie folgt lautet:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Stresemann hätte es der parlamentarische Brauch gefordert, daß eine der Oppositionsparteien mit der Regierung beauftragt worden wäre. Das ist nicht geschehen. Vielmehr haben Sie, Herr Reichspräsident, auf den verschiedenen Wegen Versuche zur Neubildung der Reichsregierung unternommen, die gescheitert sind. Inzwischen haben sich sowohl die außenpolitische Lage des Reiches wie auch die seelische und wirtschaftliche Not des deutschen Volkes so verschärft, daß eine weitere Hinauszögerung der Kabinettsneubildung nicht verantwortet werden kann. Das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit erwartet Abwendung von der bisherigen Regierungsmethode und eine Neuorientierung nach rechts. Wenn der Reichstag in seiner überalterten Zusammensetzung nicht fähig ist, dieser Stimmung des Volkes Ausdruck zu geben, so müssen Sie, Herr Reichspräsident, die Entscheidung des Volkes anrufen und der neu zu bildenden Regierung die Ermächtigung erteilen. Unter solchen Voraussetzungen stellen wir uns zur Regierungsbildung zur Verfügung.“

Zwiffligkeiten im Sonderbündler-Lager.

Die „Regierung“ erklärt sich für unfähig und aufgelöst.

Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ erfahren, hat die „Vorläufige Regierung der Rheinischen Republik“ in einem an den Oberkommissar Tirard gerichteten Schreiben ihre Auflösung erklärt. Der „Generalbevollmächtigte“ teilte dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission mit, daß in den letzten Tagen drei Mitglieder des „Kabinetts“ ausgeschieden seien, nachdem es sich vor etwa vierzehn Tagen in zwei Teile gespalten hatte, von dem jeder für sich Kabinettsbeschlüsse faßte. Aus der sogenannten „Oberen Heeresleitung“ habe sich eine „Militärdiktatur“ herausgebildet, bei der ein Sekretär Kolenbom die Hauptrolle spielte. Bezeichnend ist das offene Geständnis am Schlusse des Schreibens, für die Auflösung sei der Umstand mitbestimmend gewesen, „daß die bisherige vorläufige Regierung zum Teil aus unfähigen und unehrlichen Menschen zusammengesetzt sei.“ — Wie die „Rheinische Volkszeitung“ von gut unterrichteter Seite erfährt, ist die Regierung Matthes „gestürzt“ worden. An ihre Stelle hat sich ein Diktator namens Seltor Erz gesetzt. Matthes soll nach Düsseldorf geflüchtet sein.

Osterreichs Spende für Deutschland.

Der Finanz- und Budgetausschuß verhandelte den Antrag Seig (Sog.) betreffend eine Spende von 10 Milliarden Kronen für die Notleidenden Deutschlands. Berichterstatter Dr. Danneberg begründete diesen Antrag, indem er auf die zahlreichen privaten Hilfsaktionen für Deutschland hinwies, denen die Länder und Gemeinden angeschlossen hätten. Es gebe keinen einzigen Landtag in Osterreich, der nicht schon einen Betrag für die Deutschlandhilfe gespendet hätte. Diesen Aktionen solle nun eine Aktion des Bundes im Rahmen seiner Möglichkeiten folgen. Es sei dies ein Akt nationaler Solidarität.

Nach längerer Debatte, in welcher von allen Rednern der Sympathie und Dankbarkeit für die deutschen Stammesbrüder Ausdruck gegeben wurde, wurde folgender von dem Großdeutschen Abgeordneten Waber im Einvernehmen mit dem Abgeordneten Dr. Obdenal gestellter Antrag angenommen:

Die schwere und entsetzliche Not, die über Deutschland hereingebrochen ist, geht der Bevölkerung Osterreichs, die dankbar der ihr von Deutschland in ihrer Not geleisteten Hilfe gedenkt, tief zu Herzen. Da aber der Osterreichische Staat infolge seiner politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage ist, von Bundes wegen der reichsdeutschen Bevölkerung wirksame Hilfe zu leisten, wird die Bundesregierung aufgefordert, die Hilfsorganisationen der Bevölkerung zu unterstützen, ihnen Erleichterungen zu gewähren und an die stets hilfbedürftige Bevölkerung Osterreichs unter Berufung auf den Beschluß

der Volksvertretung mit der Bitte heranzutreten, die bisher bekundete Hilfsbereitschaft weiter zu bekräftigen, die bereits eingeleiteten Aktionen zur Hilfeleistung fortzusetzen und auszubauen und durch weitere diese Schritte verfolgende Unternehmungen zur Abwendung der großen Not in Deutschland wirksam beizutragen.

Dieser Antrag wurde mit Ausnahme des Soges: „Da aber der Osterreichische Staat infolge seiner politischen usw. bis wirksame Hilfe zu leisten“ einstimmig, dieser Sog dagegen mit Mehrheit angenommen.

Belgien für Abbau der militärischen Ruhrbesetzung.

Der Brüsseler Korrespondent des „Echo de Paris“ schreibt über die Stellung der belgischen Regierung zur Reparationsfrage, es sei kein Zweifel möglich, daß man in Brüssel auf dem Standpunkt stehe, daß der passive Widerstand zu Ende sei, und daß man sich wieder in der selben Lage befinde, wie sie sich am 11. Januar bot. Daher sei man der Ansicht, daß es Zeit sei, die Maßnahmen durchzugehen, die schrittweise die Basis der Besetzung im Ruhrgebiet erleichtern und dem Unternehmen wieder „friedlichen“ Charakter verleihen sollen, den es in seinem Anfang gehabt habe. Der Berichterstatter weist außerdem auf die Verpflichtung hin, die das Kabinett dem Parlament gegenüber hinsichtlich der Dienstzeit in Belgien übernommen habe.

Inland und Ausland.

Ausschluß des Reichspräsidenten Ebert aus seiner Gewerkschaft. Der Vorstand des Sattler-, Tapezier- und Portefeuilier-Verbandes hat den Reichspräsidenten Ebert, wie früher schon einmal, aus der Organisation ausgeschlossen, und zwar auf Grund einer Satzungsbestimmung, nach der der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen kann, wenn es sich Handlungen zuschulden kommen läßt, welche den Interessen des Verbandes entgegenwirken. Der „Vorwärts“, der den Beschluß kurzfristig und kleinlich nennt, meint, es handle sich weniger um eine gewerkschaftliche als vielmehr um eine politische Maßnahme, die praktisch belanglos sei, um so mehr aber eine Kränkung darstelle.

Milliardenrechnung bei der Post. Die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sieht sich genötigt, ihren Zahlungs- und Rechnungsbereich, soweit er sich noch in Papiermark abspielt, vom 1. 12. an auf die Milliardenmarkrechnung einzustellen. Postanweisungen, Nachnahmen, Postaufträge und Zahlarten dürfen vom 1. Dezember an nur über volle Milliarden lauten. Bei der Angabe des Betrages in Ziffern ist dabei an Stelle der neun Nullen das Wort „Milliarden“ zu schreiben. Die Maßnahme wird mit dazu beitragen, eine schnellere Abfertigung der Bevölkerung an den Posthalttern zu ermöglichen.

Neue Abschlüsse mit der Ricam. Nach einer Meldung aus Koblenz sind auf Grund des allgemeinen Abkommens vom 24. November die Sonderabkommen zwischen der Ricam und folgenden Firmen abgeschlossen worden: Thyssen, Gute-Hoffnungshütte, Mannesmann, Emser Hütte, Konstantin der Große, Harpener. Mit dem Braunkohlensyndikat werden die Verhandlungen fortgesetzt. Aber die Reparationskostenlieferungen und die Bezahlung der Kohlensteuer ist bereits eine Einigung erzielt worden.

Die Zahlungen an die Beamten. Am 30. November werden an die Beamten als Abschlagszahlung auf die noch endgültig festzusetzenden Goldgehälter die 50 Millionenfachen Grundbezüge, die für vierzehn Tage fällig sind, ausbezahlt werden. Hiervon sollen 70 Prozent wertbeständig zur Auszahlung kommen.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat v. Hoersch stattete dem Vorsitzenden der Botschafterkonferenz, Jules Cambon, aus Anlaß der Leipziger Zwischenfälle, in dessen Mittelpunkt ein belgischer Leutnant und ein französischer Unteroffizier standen, einen Besuch ab. Der Geschäftsträger hat vor einigen Tagen in der gleichen Angelegenheit einen Schritt bei der französischen Regierung, der deutsche Geschäftsträger in Brüssel einen solchen bei der belgischen Regierung unternommen.

Die zehnstündige Arbeitszeit auf der Thyssenhütte. Der „Rheinischen Volkszeitung“ wird aus dem Ruhrgebiet gemeldet: Auf den Thyssenschen Werken stellen sich der Wiederaufnahme der Arbeit, für welche der Thyssenkonzern die Wiedereinführung der vor dem Kriege üblichen Arbeitszeit zur Bedingung machte, Schwierigkeiten entgegen. Die Zahl der Arbeitswilligen nimmt unter dem Druck der gegen die verlängerte Arbeitszeit gerichteten Agitation ständig ab. Auch auf der August-Thyssen-Hütte, wo der Betrieb in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden sollte, wird die zehnstündige Arbeitszeit verlangt.

Ein politischer Prozeß in Warschau. Vor dem Warschauer Kriegsgericht hat die Verhandlung gegen den feindzeitigen Führer der antibolschewistischen Abteilungen in der Sowjetrukraine Itaman Rakno begonnen, der angeklagt ist, in Ostgalizien feindzeitlich einen großangelegten Aufstand organisiert zu haben, um das Land von Polen loszureißen.

Abdeckung einer gegenrevolutionären Verschwörung in Kiew. Nach einer Meldung der Russ. Telegr.-Agentur wurde eine konterrevolutionäre Organisation in Kiew aufgedeckt. Die Mitglieder der Organisation, die sich „Kiewer Aktionszentrum“ nannte und eine Zweigstelle des Pariser Spionagiezentrums hatte, wurden verhaftet; ihre Tätigkeit bestand in bezahlter militärischer Spionage für das Ausland.

Die...
Rund...
Wie...
Die...
Am...
London...
Aus den...
Die...
Wahnhof...
„15...
fang, auf...
Wahnhof...
Die...
Sur...
duld auf...
Rausch...
Einfahren...
der mahn...
Gändchen...
mit Blum...
Schritten...
den auch...

